

## GEWERKSCHAFTSPOLITIK

### Zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften

Ich habe mich sehr gefreut, daß meine in Heft 12/67 vorgelegten Thesen innerhalb und vor allem auch außerhalb der GM ein so überraschend starkes Echo gefunden haben. (An verschiedenen Stellen sind die Thesen vollständig oder im Auszug nachgedruckt worden; der Bayerische Rundfunk hat sie in einem Interview gesendet; eine ganze Reihe von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hat sich in besonderen Veranstaltungen mit den Thesen auseinandergesetzt.)

Bei meiner Beantwortung der bisher vorliegenden Diskussionsbeiträge muß ich mich natürlich auf einige wenige Punkte beschränken:

1. Ich möchte mit allem Nachdruck die Auffassung der GSG an der Hamburger Akademie für Wissenschaft und Politik (GM Nr. 3/68, S. 186) unterstreichen, daß DGB und Gewerkschaften es nicht bei einem bloßen Appell an die Mitglieder, sich parteipolitisch zu betätigen, bewenden lassen dürfen, daß dieses Engagement vielmehr gleichzeitig von den verantwortlichen Funktionären organisiert werden muß. Das bedeutet konkret, daß Arbeitsgemeinschaften und Konferenzen sozialdemokratischer Gewerkschafter geschaffen werden müssen (christlich-soziale Gruppierungen dieser Art bestehen ja seit langem). Und wenn die SPD solche AGs nicht dulden will, dann müssen sie eben in den Gewerkschaften organisiert werden. Ferner muß eine organisierte Einflußnahme bei der Aufstellung und Wahl von Kandidaten für Partei- und Par-

lamentspositionen verwirklicht werden, wobei in der Tat die Frage der Loyalität gewerkschaftlich organisierter sozialdemokratischer Kandidaten gegenüber gewerkschaftlichen Beschlüssen und Forderungen weitaus stärker als -bisher ins Spiel gebracht werden muß.

2. Die Hinweise *Ludwig Rosenbergs*, gewerkschaftliche Zielsetzungen seien doch hinreichend konkret formuliert, befriedigen mich in keiner Weise. Erstens liegen in der Tat zu vielen brennenden politischen Themen, die die Arbeitnehmerschaft vital angehen (etwa zu den Fragen der Anerkennung der DDR, einer westdeutschen Rüstungsreduktion, einer Demokratisierung der Schulen und Hochschulen) keine *konkreten* vorwärtsweisenden Aussagen vor. Zweitens nutzt es gar nichts, daß in der Tat in den letzten Jahren eine Menge vernünftiger Forderungen vom DGB und von Einzelgewerkschaften formuliert wurden, wenn diese mangels entsprechender Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften überhaupt nicht ins allgemeine Bewußtsein eindringen.

3. In diesem Zusammenhang muß man mit *Stephan Freiger* (GM 5/68, S. 309) das Fehlen einer vom DGB und den 16 Gewerkschaften zu schaffenden „Gegen-Bild-Zeitung“ als eines der schwerwiegenden Versäumnisse der gesamten Gewerkschaftspolitik nach 1945 erkennen. Solange die Gewerkschaften nicht einen Teil ihrer Finanzkraft für ein solches aktuelles Masseninformationsmittel verwenden, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie nur eine sehr geringe meinungsbildende Rolle spielen.

4. Schließlich möchte ich noch auf die Zusage eines Wissenschaftlers aus Ostberlin eingehen, der mir den Vorwurf macht: „Sie übersehen die Potenzen der in der Bundesrepublik vorhandenen marxistischen Kräfte und klammern z. B. die KPD völlig aus ... Ihr Bezugssystem über die Beziehungen bzw. das Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien in der Bundesrepublik enthält meines Erachtens einen Grundfehler. Ihr Modell läßt für alle Ewigkeit keine Regierungs- und Parlamentskonstellation aus anderen als den jetzt und derzeit im Bundestag vertretenen Parteien zu.“ In der Tat: Mir scheinen alle parteipolitischen Erfahrungen seit 1945 — völlig unabhängig vom Verbot der KPD — dafür zu sprechen, daß nicht die geringste realpolitische Chance für die Entwicklung einer links von der SPD operierenden Partei mit einer auch nur bescheidenen Massenbasis besteht. Allein diese meines Erachtens hinreichend empirisch bewiesene Feststellung und nicht etwa eine „im Grunde negative Bewertung“ einer neuen linken Partei führen zu dem zwingenden Schluß, daß *innerhalb* und nicht außerhalb der bestehenden Parteien und insbesondere der SPD eine Entwicklung nach links erkämpft werden muß.

5. Niemand anders aber kann diese Erneuerung realisieren als eine politisch engagierte Arbeitnehmerschaft selbst. Daher müssen sich gerade die Gewerkschaften und die aktiven Gewerkschafter darüber klar sein, daß sie so lange kaum etwas ändern, wie sie sich in Anklagen an die SPD erschöpfen und damit derselben verhängnisvollen Selbstgerechtigkeit verfallen, die die gegenwärtige SPD-Führung so teuer zu stehen kommt. Sie müssen vielmehr erkennen, daß sie selbst es bisher versäumt haben, die Erneuerung der SPD von der Basis aus voranzutreiben. Um das künftig zu erreichen, muß vor allem auch eine gewerkschaftliche Betriebspolitik in Gang gesetzt werden, die die Kollegen aktiviert und im Sinne der Veränderbarkeit politisiert.

6. Diese kurzen Bemerkungen sollen nur eine Zwischenbilanz sein in einer Diskussion, die hoffentlich recht lebhaft weitergeht.

*Fritz Vilmar*